



Große Operation auf der Ems

Die Bergung von Trümmerteilen der zerstörten Emsbrücke in Ostfriesland kommt voran. Arbeiter haben am Dienstag damit begonnen, das abgerissene Mittelstück zu zerlegen. Ein Schwimmkran sollte die einzelnen Teile anschließend bergen und auf ein Ponton heben. Ein Frachter hatte die geschlossene Brücke gerammt und in zwei Teile gerissen. SAB FOTO: DPA



Auf Stärken setzen



Maren Beneke über den Standort Bremen

Mit Wirtschaftsrankings ist das so meine Sache. Je nachdem, wie das Ergebnis ausfällt, wird es entweder von der Politik („Seht, wie gut wir dastehen“) oder von der Wirtschaft („Seht, wie schlecht wir dastehen“) instrumentalisiert. Vergessen werden darf bei all diesen Vergleichen natürlich nicht, wer die Zahlen erhoben hat – einige Institute sind eher wirtschaftsnah, andere werden von der öffentlichen Hand finanziert.

Auffällig ist aber, dass, egal welches Institut eine Studie veröffentlicht, Bremen als Wirtschaftsstandort nie so weit oben auftaucht, wie es für die zehntgrößte Stadt oder den fünftgrößten Industriestandort eigentlich selbstverständlich sein sollte. Das hat neben der hohen Arbeitslosigkeit und der Haushaltsnotlage in fast allen Fällen mit den mangelnden Transferleistungen zwischen Wirtschaft und Wissenschaft zu tun. Natürlich ist es für konzernprächtige Städte einfacher, bei solchen Vergleichen gut dazustehen. Dort wird ganz einfach mehr in den Transfer investiert. Bremen hat es mit seiner mittelständisch geprägten Wirtschaft schwerer. Um im bundesweiten Wettbewerb bestehen zu können, müssen sich die Bremer Wirtschaft und Politik auf ihre Stärken besinnen: auf die Wirtschaftskluster Windenergie, maritime Wirtschaft und Logistik sowie Luft- und Raumfahrt. In diesen Bereichen ist das kleinste Bundesland führend und hat auch langfristig gesehen eine Chance, zu bestehen. Bericht Seite 17 maren.beneke@weser-kurier.de

Senator siegt gegen Salafisten

Gericht bestätigt Ulrich Mäurer: Islamisches Kulturzentrum in Bremen ist ein Hort von Feinden der Demokratie

VON JÜRGEN HINRICHS UND RALF MICHEL

Bremen. Ulrich Mäurer hat recht: Das Islamische Kulturzentrum (IKZ) in Bremen ist ein Sammelort von Salafisten und Feinden der Demokratie. Diese Auffassung des sozialdemokratischen Innensenators ist jetzt vom Obergericht bestätigt worden. Das IKZ ist damit endgültig mit dem Versuch gescheitert, bestimmte Äußerungen über das Zentrum zu unterbinden. Mäurer hatte sich im Zusammenhang mit einer Durchsuchung der Moschee geäußert.

Ausgangspunkt für die Beschwerde des IKZ war eine Pressemitteilung des Innensenators nach der Polizeiaktion im Rahmen des Anti-Terror-Einsatzes Ende Februar. Mäurer hatte das IKZ in die Nähe des sogenannten Islamischen Staates (IS) gerückt. Das Kulturzentrum klagte vor dem Verwaltungsgericht gegen mehrere Formulierungen des Innensenators und bekam damit zumindest in einem Fall Recht. Der Innenbehörde wurde vom Gericht untersagt, weiterhin zu behaupten, dass das IKZ finanziell aus Saudi-Arabien unterstützt würde.

Gegen alle anderen Passagen der Pressemitteilung hatte das Verwaltungsgericht nichts einzuwenden. Dagegen legte das IKZ Beschwerde beim OVG ein, scheiterte damit jetzt aber auf ganzer Linie. Die Einschätzung des IKZ als „salafistisch“ sei ebenso wenig zu beanstanden wie die Feststellung, dass das Kulturzentrum ideologisch von Saudi-Arabien unterstützt wird, oder dass ein Prediger aus Saudi-Arabien eingeladen wurde, um seine extremistische salafistische Lehre zu verbreiten.

Besagter Prediger steht laut OVG als Imam einer Heilbronner Moschee unter Beobachtung des Verfassungsschutzes. Ihm wird vorgeworfen, Sklaverei zu befürworten, indem er die Ansicht vertritt, „Muslime könnten Eigentumsrechte an weiblichen Kriegsgefangenen erlangen, an denen man ganz legal seine sexuellen Bedürfnisse befriedigen dürfe“.

Innensenator Mäurer sieht sich durch die OVG-Entscheidung in seiner Auffassung bestätigt, dass es sich bei dem IKZ am Breitenweg, um keine normale Moschee frommer Muslime handelt, sondern um ein salafistisch-fundamentalistisches Zentrum, in dem unser Rechtsstaat abgelehnt wird.

Das OVG spreche in seiner Entscheidung mehrfach von Tatsachen und gehe damit sogar deutlich über die Frage hinaus, was er als Innensenator sagen und behaupten dürfe, betont Mäurer. So habe das IKZ die Aussage, dass es zu den Salafisten gehöre, „die die Demokratie als System ablehnen“, als wahre Tatsachenbehauptung hinzunehmen. Ebenso, dass Salafisten die körperliche Züchtigung von Frauen befürworten.

Im IKZ versammeln sich nach Einschätzung der Sicherheitsbehörden die allermeisten der Bremer Salafisten. Zweiter Anlaufpunkt war sieben Jahre lang der „Kultur- und Familienverein“ (KuF) in Gröpingen. Er wurde im Dezember 2014 verboten, unter anderem wegen der Erkenntnis, dass etliche Besucher dieser Moschee nach Syrien ausgereist sind, um für den IS zu kämpfen.

Einer der Gründer des KuF ist René Marc S., ein Mann, den die Behörden als „brandgefährlich“ einstufen. S. sitzt zurzeit in der JVA Oslebshausen eine Haftstrafe wegen Werbung für eine terroristische Vereinigung ab. Er hatte unter anderem eine Drohbotschaft von Osama bin Laden verbreitet.

Weil S. offenbar auch im Gefängnis agitierte, wurde er zeitweise in den Hochsicherheitstrakt nach Oldenburg verlegt. Der Gefangene muss seine Strafe bis zum letzten Tag absitzen, ist aber bereits Freigänger und wird im Frühjahr entlassen.

Die Zahl der Salafisten in Bremen wird auf 360 geschätzt. „Auf die Einwohnerzahl gerechnet, ist das in Deutschland weiterhin der absolute Spitzenwert“, erklärt Behördensprecherin Rose Gerds-Schiffler. Anders als im Bund, wo es weiterhin einen Anstieg gebe, stagniere die Zahl in Bremen. Eine genaue Erklärung dafür hat die Behörde nicht. Möglicherweise fruchte die Aufklärungsarbeit. Innensenator Mäurer streitet seit einiger Zeit für eine nationale Präventionsstrategie und bekommt zunehmend Rückhalt für diesen Ansatz.

Im Bund wird von 7900 Salafisten ausgegangen; 760 sind nach Syrien ausgewandert. Von den Bremer Salafisten haben sich bislang 23 Menschen dem IS angeschlossen. Sie kamen zunächst aus dem Dunstkreis des KuF und stammten später aus dem IKZ. Die Moschee wird überwacht, ein mögliches Verbot wie beim KuF steht aber offenbar noch nicht im Raum. Kommentar Seite 2

Bundesbank-Chef warnt vor Inflation

Frankfurt/Main. Die Kaufkraft des Euro wird wieder sinken, da sich die Bundesbank-Präsident Jens Weidmann sicher. „Die anhaltend niedrige Inflation der vergangenen Monate ist Geschichte“, sagt er im Gespräch mit dem WESER-KURIER. Daran könnten selbst vermeintlich allmächtige Notenbanken nichts mehr ändern.

Gleichzeitig warnt Weidmann vor einer Überhitzung der Aktien- und Immobilienmärkte in einigen EU-Staaten: „In den Ländern, die überdurchschnittlich gut dastehen, ist die Geldpolitik zu expansiv und kann dadurch Übertreibungen an den Vermögensmärkten begünstigen.“ Als Beispiele nennt er die Niederlande und Irland, wo die Aufsichtsbehörden Maßnahmen getroffen hätten, um Immobilienkredite einzudämmen. Für Deutschland sieht er indes noch keine konkrete Gefahr. Zwar komme es seit geraumer Zeit zu starken Preissteigerungen für Immobilien in den Ballungszentren, die sich nicht allein mit einer guten Konjunkturlage, den gestiegenen Einkommen und der Demografie erklären ließen. Allerdings: „Nach dem Wiedervereinigungsboom gab es eine längere Flaute. Insofern beobachten wir jetzt auch einen gewissen Nachholeffekt.“ Über die Integration von Flüchtlingen sagt der Bundesbank-Chef, dass diese Zeit brauche – mindestens zehn Jahre. „Indem die Politik die Weichen richtig stellt, kann sie diesen Prozess aber auch positiv beeinflussen.“ BEM Interview Seite 19

THEMA

Beate Zschäpe, die rätselhafte Angeklagte 3

Vor der mit Spannung erwarteten schriftlichen Aussage der mutmaßlichen Neonazi-Terroristin Beate Zschäpe im NSU-Prozess hat sich der WESER-KURIER auf Spurensuche in Jena und Zwickau begeben.

BREMEN

Röwekamp fordert Flüchtlingskontingent 9

Thomas Röwekamp, Vorsitzender der CDU-Bürgerschaftsfraktion, fordert, dass es im Jahr 2016 eine Verständigung über Flüchtlingskontingente mit einer gerechten Verteilung innerhalb der EU geben soll.

SPORT

Fahrer für die Sixdays gesucht 27

Wer je davon geträumt hat, bei den Bremer Sixdays vor Publikum mitzufahren, hat jetzt die Chance: Am 18. Januar feiert das Jedermannrennen Premiere. Anfänger können sich um die Teilnahme bewerben.

SPORT

Florian Grillitsch über seinen Werder-Weg 25

Gibt es auf dem stockenden Werder-Weg gar kein gutes Beispiel? Doch: Florian Grillitsch scheint der Sprung ins Bundesliga-Team zu gelingen. „Viele sehen das ein bisschen falsch. Sie wollen am liebsten von heute auf morgen fünf neue junge Bundesliga-Spieler sehen. Aber das ist kein Sprint – das ist ein Langstreckenlauf“, sagt er im Interview.



Wofür Bremen noch Geld hat

Bremen. In gut vier Jahren werden sich für Bremen die Spielregeln ändern: Ein neuer Finanzausgleich könnte mehr Geld für den Bremer Haushalt bedeuten; allerdings darf die Regierung ab 2020 keine Schulden mehr machen. Wie wird Bremen dann wirtschaften? An welchen Stellen muss dringend investiert werden? Wo wird das Geld fehlen? Senatspräsident Carsten Sieling (SPD) wird sich an diesem Mittwoch in seiner Regierungserklärung vor der Bürgerschaft mit den Bremer Finanzen und der Neuregelung des Länderfinanzausgleichs befassen. Der WESER-KURIER hat vorher die finanzpolitischen Ziele der Bürgerschafts-Fraktionen abgefragt.

Investitionen in die wirtschaftliche und verkehrliche Infrastruktur in Bremen und Bremerhaven nennt die SPD als eines der vorrangigen Ziele. Einigkeit herrscht über alle Fraktionen hinweg, dass mehr in Bildung und Armutsbekämpfung investiert werden muss. Finanzsenatorin Karoline Linnert (Grüne) verspricht im Gespräch mit dem WESER-KURIER, Bremen werde ein Plus in der Kasse auch nutzen, um Schulden zu tilgen: „Wir sollten den Menschen, die nach uns kommen, eine bessere Finanzlage hinterlassen, als wir selbst vorgefunden haben.“ Sparen will sie unter anderem mit einem Umbau der Verwaltung; sie spricht dabei von schlankeren und effizienteren Strukturen. „Wir haben noch vier nicht einfache Jahre vor uns.“ ANO Berichte Seiten 12 und 13

KOPF DES TAGES

Harry Götze



Harry Götze bekommt Nachwuchs. Nicht im tatsächlichen, aber doch im übertragenen Sinne. Der Chef der Bremerhavener Ortschaftspolizei wird an diesem Mittwoch gemeinsam mit dem Bremer Polizeipräsidenten Lutz Müller und Innensenator Ulrich Mäurer (SPD) im Rathaus 120 Polizeikommissar-Anwärterinnen und -Anwärter vereidigen. 20 von ihnen kommen nach Bremerhaven, der Rest bleibt in Bremen. Die beiden Polizeien sind getrennt, obwohl sich Rot-grün im Koalitionsvertrag darauf geeinigt hat, eine Landespolizei einzuführen. Das Projekt scheiterte bisher am Bremerhavener Widerstand. Und so werden die neuen Polizisten zwischen Harry Götze und seinem Bremer Kollegen Lutz Müller aufgeteilt. ANO

WETTER



Zeitweise Sonne
Ausführliches Wetter Seite 8

RUBRIKEN

Familienanzeigen	20	Rätsel & Roman	31
Fernsehen	32	Tipps & Termine	5
Lesermeinung	7	Veranstaltungsanzeigen	6

H 7166 • 28189 BREMEN

